

Slowakei nach den Parlamentswahlen. (II): Die Ära Meciar

Schneider, Eleonora

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Slowakei nach den Parlamentswahlen. (II): Die Ära Meciar*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 27/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45508>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Slowakei nach den Parlamentswahlen

Die Ära Mečiar (Teil II)

Zusammenfassung

Am 13. Dezember 1994 wurde in der Slowakei eine neue Regierung ernannt: Dem Wahlsieger "Bewegung für eine demokratische Slowakei", im Wahlbündnis mit der "Bauernpartei der Slowakei", schlossen sich nach zähen Verhandlungen die "Slowakische Nationalpartei" und die "Vereinigung der Arbeiter der Slowakei" zu einer neuen Regierungskoalition an. Es ist die bislang schwächste der slowakischen Regierungen, und die Koalition scheint sehr labil zu sein. Der altneue Premierminister Mečiar unternimmt wichtige Schritte, um seine Macht in der staatlichen Sphäre zu sichern, Kontrolle über den Privatisierungsprozeß, über Funk, Fernsehen und Presse zu haben sowie das Staatsoberhaupt abzusetzen.

Die dritte Regierung Mečiar

Nach zweieinhalb Monaten Regierungsprovisorium seit den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 30. September/1. Oktober 1994 wurde in der Slowakei am 13. Dezember 1994 eine neue Regierung ernannt. Die neugebildete Regierungskoalition besteht aus dem klaren Wahlsieger, der Koalition zwischen der "*Bewegung für eine demokratische Slowakei*" (HZDS) unter Vladimír Mečiar mit der kleinen "*Bauernpartei der Slowakei*" (RSS), zusammen 35% der Wählerstimmen, außerdem aus der "*Slowakischen Nationalpartei*" (SNS) mit 5,4% und der "*Vereinigung der Arbeiter der Slowakei*" (ZRS) mit 7,3%. Diese Verbindung verschafft der neuen Regierung 83 der 150 Sitze und damit die Mehrheit im Slowakischen

Nationalrat, dem Parlament.¹

Im neuen Kabinett stellt die HZDS neben Ministerpräsident Mečiar zwei Vizeregierungschefs und neun Minister, die ZRS einen Vizeregierungschef und drei Minister; zwei Ressorts fielen der SNS zu. Nach den Kommentaren in der Presse soll es die schwächste slowakische Regierung seit der "samtenen Revolution" 1989 sein.² Überraschenderweise fehlen einige "starke" Männer aus der zweiten Regierung Mečiar (Tóth, Tuchyöa, Slobodník), mehrere Minister sind unbekannt. Vieles deutet darauf hin, daß die personelle Zusammensetzung des Kabinetts das Ergebnis von Sachzwängen unter anderem auch deshalb war, weil die junge ZRS auf die Teilnahme in der Regierung nicht vorbereitet war. Das Außenministerium etwa, dem es obliegen wird, das angeschlagene Renommee der beiden Koalitionsparteien im Ausland zu verbessern, wird mit Juraj Schenk einem politisch unerfahrenen Soziologen der Universität Bratislava unterstehen. Mečiar räumte ein, daß er bei mehreren Berufsdiplomaten, darunter dem bisherigen Außenminister Kukan, angefragt habe, niemand sei jedoch bereit gewesen, sich zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Beispiel stellt der Innenminister Ľudovít Hudek von der HZDS dar, der erst 14 Tage vor seiner Ernennung zum Minister zum Generalstaatsanwalt gemacht werden mußte. Die HZDS-Spitzenpolitiker Sergej Kozlík und Katarína Tothová werden Vizeministerpräsidenten für ökonomische Koordination bzw. Legislative - Ämter, die sie schon im letzten Kabinett unter Mečiar ausgeübt haben. Daß das Verteidigungs- und das Schulministerium ausgerechnet zwei Politikern der Nationalpartei zugesprochen wurden, dem bisher unbekanntem Ján Sitek und der Vizepräsidentin der SNS, Eva Slavkovská³, rief großes Mißtrauen vor allem bei der aus drei Parteien bestehenden Ungarischen Koalition (18 Sitze) hervor. Wegen der bekannten antiungarischen Position, mit der die SNS auch im Wahlkampf wieder erfolgreich Stimmen sammelte, befürchtet die Ungarische Koalition Konsequenzen in der Politik dieser zwei Ressorts, die sich z.B. bei der Wehrpflicht der Ungarn oder beim fremdsprachigen Unterricht in den gemischten Gebieten in der Südslowakei auswirken könnten.

Die neue Regierung ist die dritte Regierung seit der slowakischen Selbständigkeit vom 1. Januar 1993 und gleichzeitig das dritte Comeback Mečiar innerhalb von fünf Jahren als Premierminister. Seine erste Regierungszeit währte zehn Monate, die zweite zwanzig, und bei dieser dritten rechnen nach einer Meinungsumfrage 52% der befragten Slowaken nicht damit, daß sie die vierjährige Legislaturperiode überdauert.⁴

Es läßt sich feststellen, daß die Regierungskoalition politisch sehr labil ist. Die slowakischen Tageszeitungen kommentierten den Abschluß des Koalitionsabkommens und die Kabinettliste überwiegend distanziert bis negativ. Die kritischen Berichte wiesen zum einen auf den nicht sonderlich großen Überhang von acht Stimmen im Parlament hin und zum anderen auf die eigentliche Beschaffenheit der Koalitionsparteien. Man kann alle drei als Nicht-Standardparteien bezeichnen, was sich unter anderem in einer recht lockeren Einstellung zu politischen Absprachen und an den daraus folgenden Konsequenzen ablesen läßt.

Der Schwächen dieser Verbindung war sich der Premier von Anbeginn der schwierigen Koalitionsgespräche an wohl bewußt und hatte versucht, seine Partner auch woanders zu finden: in der sich als rechtskonservativ gebenden "Christlich-Demokratischen Bewegung" (KDH) mit 10% der Stimmen sowie der "Partei der Demokratischen Linken" (SDL'), deren Wahlbündnis über 10,4% erhielt. Die beiden machten anfänglich eine Kooperation mit der HZDS davon abhängig, daß diese ihre Attacken gegen den Staatspräsidenten Michal Kováč einstellt, des weiteren die Gültigkeit der Wahlunterschriften für die DU (8,6%) nicht mehr anzweifelt und die Versuche zur Änderung der Verfassung aufgibt. Eine klare Absage kam von Lupták (ZRS) direkt nach den Wahlen, der sich schon auf seinen Wahlveranstaltungen gegen die Politik der HZDS stellte. Ursprünglich hatte nur die SNS Interesse gezeigt, mit den Wahlsiegern in

¹ Vgl. Eleonora Schneider, Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Slowakei, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 62, 1994.

² Vgl. Petr Schutz, Slovensko bude mít tœetí vládu Vladimíra Mečiar, in: Respekt, 50, 12.-18.12.1994, S. 3.; Pøemysl Svora, Nejhorší z Mečiarových vlád, in: Lidové noviny, 14.12.1994, S. 5.

³ Národná obroda, 13.12.1994, S. 1.; Neue Zürcher Zeitung, 14.12. 1994, S. 2.

⁴ Národná obroda, 19.12.1994, S. 3.

einer neuen Regierung zusammenzuarbeiten, wobei Meèiar mit dieser Verbindung zögerte, obwohl bei den gemeinsamen Gesprächen eine Übereinstimmung der Meinungen und Nähe der Programme wieder zum Ausdruck kam. Nach den turbulenten Geschehnissen der konstituierenden Sitzung des Parlaments vom November 1994 beendeten sowohl die KDĤ als auch die SD¹/₄ die Koalitionsgespräche mit einer Absage an die HZDS.

Meèiars Machtsicherung und Abrechnung mit seinen "Feinden"

Daß die HZDS ihren Konfrontationsstil fortsetzen will, zeigte sich bereits in ihren ersten politischen Schachzügen direkt nach den Parlamentswahlen. Die siegreiche Bewegung forderte den Staatspräsidenten direkt beim ersten Treffen aller gewählten Vertreter im Parlament "im Interesse der Stabilität der Slowakei" zur Demission auf, was auf großen Widerstand der noch amtierenden Regierungskoalition Moravèiks stieß. Darüber hinaus reichte sie zusammen mit der SNS Klage beim slowakischen Verfassungsgericht ein, die Wahlergebnisse der Demokratischen Union des Ex-Ministerpräsidenten Jozef Moravèik zu annullieren. Die HZDS behauptete, die DU hätte nicht die zur Registrierung für die Wahlen notwendigen 10.000 Unterschriften eingebracht.⁵ Das Verfassungsgericht wies die Klage jedoch zurück, die HZDS und SNS erklärten sich mit dem negativen Ergebnis aber nicht einverstanden. Die 15 Abgeordnetensitze der DU sind für die Regierungskoalition deshalb so verführerisch, weil sie damit eine Dreifünftelmehrheit im Parlament (90 von 150 Sitzen) erlangen, den Präsidenten mit einem Mißtrauensvotum kippen und schließlich die Republik per Verfassungsänderung in eine Präsidialrepublik umwandeln könnte und Meèiar, mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, das Staatsoberhaupt sein würde.

Bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Slowakischen Nationalrats am 3. November 1994 in Bratislava (Preßburg) zeigte die künftige Regierungskoalition, wie entschlossen sie ist, ihre Interessen durchzusetzen und gegen die Opposition vorzugehen. Ganz wie es Meèiar auf einer Veranstaltung vor den Parlamentswahlen seinen Anhängern versprach - nach einem Sieg werde man die Gegner einfach "niederwalzen"- wird seine Machtergreifung in dieser Nacht in der einheimischen Presse als "Niederwalzung" bezeichnet.

Innerhalb weniger Stunden hatten die HZDS (61 der 150 Mandate im Parlament), die SNS (9 Sitze) mit unerwarteter Hilfe der ZRS (13 Sitze)⁶ die Posten des Parlamentsvorsitzenden und seiner Stellvertreter unter sich aufgeteilt, übernahmen den Vorsitz der elf Parlamentsausschüsse und beförderten die führenden Abgeordneten der Opposition in den wenig einflußreichen Umweltausschuß. Nachdem Meèiar in einem Handstreich die Kontrolle der Mandatsprüfungskommission an sich brachte, um die 15 errungenen Parlamentssitze der DU des damals noch amtierenden Moravèik wegen eines angeblichen Formfehlers der Wahlkommission nachträglich für ungültig erklären zu lassen, verließen die meisten Abgeordneten der bisherigen Rechts-Mitte-Links-Koalition aus Protest den Saal. Obwohl die ganze Opposition damit ausgeschaltet war, blieb das Parlament beschlußfähig und berief eine weitere Sitzung kurz vor Mitternacht ein. Im selben Tempo wurden der Generalstaatsanwalt, die Vorsitzenden der Räte für Fernsehen und Rundfunk sowie der Chef des slowakischen Rundfunks abberufen und durch jeweils eigene Leute ersetzt. Die Dreierkoalition wechselte zudem kurzerhand die gesamte Leitung des Fonds für nationales Eigentum aus, einer Art slowakischer Treuhand. Von ihrer Entlassung erfuhren die Betroffenen erst am nächsten Tag aus den Nachrichtensendungen. Alle 38 Privatisierungsverträge wurden annulliert, die unter der Regierung Moravèik seit dem 6. September 1994 abgeschlossen worden waren, als sie nur provisorisch die Geschäfte weiterführte.⁷

⁵ Der Gerichtsreporter äußerte, die Klage sei so formuliert gewesen, daß das Gericht die Unterschriften nicht überprüfen mußte. Wäre sie anders formuliert gewesen, hätte sie Erfolg haben können. Vgl. Národná obroda, 5.10.1994, S. 1-2; Budovani státu, 10, 1994, S. 13-14.

⁶ Zu diesem Zeitpunkt war von einer Koalitionszusammenarbeit zwischen ihnen noch nichts bekannt.

⁷ Vgl. Jaroslav Polívka, Slowakei: Meèiars Tiefschläge, in: Neues Deutschland, 9.11. 1994, S. 7; Pavol Minárik, Meèiar odvolal, koho mohl, in: Národná obroda, 5.11.1994, S. 1.

Außerdem wurde auf Wunsch der HZDS ein Parlamentskomitee eingesetzt, um die Ursachen der sogenannten "Verfassungskrise" von März 1994, als Meèiar ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und er daraufhin gestürzt wurde, zu untersuchen.⁸ Die Aufstellung dieser Kommission erweckt zu Recht den Eindruck, als handle es sich um einen vorprogrammierten Prozeß der Vergeltung, zudem in der Kommission kein Parlamentarier der Opposition vertreten ist.

Die während der Parlamentssitzung ad hoc entstandene Dreierkoalition HZDS/RSS - SNS - ZRS, von der Meèiar anschließend noch ausdrücklich erklärte, daß sie nicht die Grundlage für die künftige Regierung sein werde, hat fast alle politisch relevanten Posten staatsstreichartig okkupiert. Von "Putsch" und "Machtergreifung" sprechen die einen, von einem persönlichen "Rachefeldzug" gegen die Opposition und die "Verräter" Meèiars - die DU - die anderen Beobachter.⁹ In einer offiziellen Note äußerte auch die EU Besorgnis, daß in Anbetracht des ungewöhnlichen Austauschs von hohen Staatsfunktionären Befürchtungen über die weitere demokratische Entwicklung in der Slowakei aufkommen.

Darüber hinaus plant die regierende Koalition Einschnitte in das slowakische Pressesystem. Der Kulturausschuß des Slowakischen Nationalrats hat Vorschlägen zugestimmt, die der Regierung direkten Einfluß auf die Existenz slowakischer Zeitungen verschaffen. Demnach sollen Pressezeugnisse in die Kategorien "kommerziell"¹⁰ und "nicht-kommerziell" eingestuft werden, um damit die Grenze der für die Druckmedien unentbehrlichen Presseförderung festzusetzen. Darüber, wer welche Kriterien erfüllt, befindet allein das Kultusministerium. Als "nicht-kommerziell" gelten derzeit nur regierungsamtliche oder -freundliche Medien. Zeitungen mit Auslandsbeteiligungen von weniger als 50% sollen mit 30% Mehrwertsteuer, solche mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung mit 60% belegt werden (bisheriger einheitlicher Steuersatz 6%), damit die Wettbewerbsbedingungen für alle gleich sind.¹¹ Die gesamte, zumeist regierungskritische Tages- und Wochenpresse könnte so auf elegante Weise "trockengelegt" werden. Gegen diese Steuerpläne hatten Anfang März 1995 29 der führenden Zeitungen und Zeitschriften des Landes mit einer bisher unerhörten Aktion - einer leeren Titelseite - protestiert, auf der nur ein offener Brief abgedruckt war.

Meèiar gegen Kovàè - Wer ist stärker?

Nachdem Meèiar als Premier zweimal vom Parlament gestürzt worden war, will er sich offensichtlich das Amt des Präsidenten sichern. Bei diesen "Umbauplänen" steht Meèiar der amtierende Staatspräsident Michal Kovàè im Weg. Das negative Verhältnis zwischen den beiden besteht nicht nur aus zwei völlig unterschiedlichen politischen Stilen und persönlicher Abneigung. Der letzte Vorsitzende des ÈSFR-Parlaments, den man für einen weichen, eher opportunistischen Pragmatiker hielt, hatte sich in der Rolle des ersten Präsidenten der unabhängigen Slowakei Meèiar mehrmals entgegengestellt. Seit dem März 1994, als Kovàè in seinem Bericht über die Lage der Slowakei vor dem Parlament Meèiars autokratische Regierungsweise verurteilte und ihn als den Hauptverantwortlichen für die politische und wirtschaftliche Krise des Landes darstellte, was dann zu dessen Sturz beitrug, führt der Premierminister gegen ihn einen Rachefeldzug. Seinen Wählern versprach er, daß er den Präsidenten stürzen oder zumindest seine Amtsperiode verkürzen werde. Kovàè wiederum hatte im Wahlkampf ohne Rücksicht auf seine Pflicht zur Unparteilichkeit wissen lassen, er werde Meèiar niemals mit der Regierungsbildung beauftragen, was er zuerst auch tat, indem er seine Bewegung als Ganzes damit beauftragte.

Seit seinem Wahlsieg greift Meèiar den Präsidenten unter jedem Vorwand an, um Kovàè als für den

⁸ Im März 1994 ging es um keine Verfassungskrise, sondern lediglich um eine innerparteiliche Krise der HZDS, nachdem einen Monat zuvor zwölf Abgeordnete wegen Meèiars unkooperativen, undemokratischen politischen Stils die Bewegung verließen. Dieser Polarisierungsprozeß der HZDS und der Verlust der Regierungsmehrheit, als auch noch sieben Abgeordnete des Koalitionspartners aus der SNS ausgetreten waren, war ein Signal für die Opposition, dem Premierminister ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

⁹ Vgl. Josef Abaffy, Meèiars Risiko, in: Handelsblatt, 7.11.1994, S. 8.

¹⁰ Als "kommerziell" könnte dann bereits gelten, wer auch nur eine einzige Anzeige veröffentlicht.

¹¹ Süddeutsche Zeitung, 6.3.1995, S. 7.

Staat untragbar hinzustellen. Davon, daß die Position des Präsidenten immer schwächer wird, zeugt, daß er nur noch in der Defensive ist. Zum Beispiel kam er einem Ultimatum Mečiar über die Ernennung der jetzigen Regierung sofort nach; seine Neujahrsrede fiel sehr moderat aus, und er nahm Mečiar Hand zur vorgetäuschten Versöhnung an. Er setzte sich auch nicht zur Wehr, als ihm Mečiar die Finanzmittel für die Präsidentenkanzlei um die Hälfte kürzte. Des weiteren beabsichtigt die Regierung, dem Präsidenten weitere Kompetenzen abzusprechen. Hier geht es um die Ernennung des Geheimdienstchefs, die verfassungsgemäß dem Staatsoberhaupt obliegt. Der dauerhafte Machtkampf zwischen Präsident und Premier blockiert auch den Wissenschaftsbetrieb, da das Staatsoberhaupt die Ernennung von Professoren und Institutsleitern vornimmt. Kováčik versucht, sich diesen Gleichschaltungsversuchen des Kabinetts Mečiar zu widersetzen.

Das ambitiöse Regierungsprogramm

Nach einer zweitägigen, heftigen Diskussion um das neue Regierungsprogramm wurde am 17. November 1995 der Regierung Mečiar das Vertrauen ausgesprochen. Es formuliert insbesondere im Bereich der Wirtschaft ehrgeizige Ziele. So sollen die Grundlagen dafür gelegt werden, daß die Slowakei bis zum Jahre 2010 einen der westlichen Welt vergleichbaren Lebensstandard erreicht. Der von der Regierung angenommene Haushaltsentwurf für 1995 geht von einer Fortsetzung des positiven Wirtschaftstrends von 1994 aus, in dem die Industrieproduktion, die 1993 noch um 13,5% schrumpfte, erstmals seit dem Reformstart real um 6,4% angewachsen ist. Die makroökonomischen Vorgaben sehen wie folgt aus: ein BIP-Wachstum von 5%, eine Jahresteuersatzrate von rund 10%, Arbeitslosenquote unter 10% (gegenwärtig 15,2%) und die Inflation (1994 bei rund 12%) einstellig. Gleichzeitig versprach der Regierungschef, die Wirtschaft anzukurbeln, Auslandsinvestitionen zu unterstützen, die Privatisierung - unter vermehrter Anwendung von Standardmethoden und größerer Beteiligung von Angestellten - fortzuführen und ausländisches Kapital "zielgerichtet" einfließen zu lassen. Die zweite Welle der Kuponprivatisierung, deren Beginn von der vorhergehenden Regierung auf den 15. Dezember 1994 festgesetzt, vom neuen Kabinett dann aber hinausgeschoben worden war, soll "unverzüglich" anlaufen, es wird jedoch kein konkretes Datum genannt.¹²

In der Außenpolitik wird die Kontinuität der prioritären Ziele - die Integration in EU und NATO - von der neuen Regierung gewahrt. Hier haben die kleineren Koalitionspartner eingelenkt. Im Zusammenhang mit der Außenpolitik hob Mečiar die Bedeutung der Beziehungen zu Ungarn hervor, die verbessert werden müssen, damit sie für beide Seiten den Integrationsprozeß nicht behinderten. Bei der Minderheitenpolitik, einem weiteren kontroversen Bereich, spricht das Regierungsprogramm zwar von der Garantie aller gängigen Rechte, hält jedoch zugleich fest, dies dürfe nicht zu einer Gefährdung der staatlichen Integrität führen. Mehrfach erwähnt werden auch die Rechte der slowakischen Bevölkerung in ethnisch gemischten Gebieten.¹³ Abgeordnete der ungarischen Parteien kritisierten, daß hier die Interessen der Slowaken erstmals ausdrücklich über die Rechte der Minderheiten gestellt würden.¹⁴ Darüber hinaus wird eine moralische Wiedergeburt der Gesellschaft, der grundlegenden geistig-moralischen menschlichen Werte angesprochen. Des weiteren wird die Vorbereitung eines Programms der "sauberen Hände" angekündigt: gegen Korruption und Kriminalität zur Erhöhung von Moral und Disziplin.¹⁵

Das Programm wurde als zu wenig konkret bezeichnet: die Formulierungen seien vorsichtig, Termine für das Erreichen der Ziele fehlten. Von der Opposition wurde kritisiert, daß es nur aus vagen Absichtserklärungen bestehe. Ob die Budgetplanung realistisch ist, läßt sich noch nicht beurteilen. Die seit Dezember amtierende Regierung Mečiar hat erst wenige konkrete wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen. Bedenken hatte offensichtlich auch die Delegation der IWF, mit der man sich im Februar 1995 in

¹² Z programového vyhlásenia vlády Slovenskej republiky, in: Národná obroda, 12.1.1995, S. 9.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 24.1.1995, S. 4.

¹⁵ Z programového ..., in: a.a.O., S. 11.

Bratislava über die Bedingungen für die Auszahlung der dritten Tranche eines im vergangenen Sommer vereinbarten Kredits über 120 Mill. US-\$ nicht einigen konnte. Man wolle die Verabschiedung des Haushaltes sowie die weitere Privatisierungspolitik abwarten.¹⁶

Fazit

Die ersten politischen Schritte, die Mečiar hastig zu unternehmen begann, um sich einerseits die Kontrolle über die staatliche Sphäre, den Privatisierungsprozeß und die elektronischen Medien zu sichern und andererseits das politische System zu einem Präsidialsystem mit gestärkten Kompetenzen des Präsidenten und seiner Direktwahl umzumünzen, machen auf den Beobachter den Eindruck, daß er selbst von der Beständigkeit der Koalition nicht überzeugt ist.

¹⁶ Neue Zürcher Zeitung, 19./20.2.1995, S. 14.

Die HZDS hatte schon einmal, direkt nach den gewonnenen Wahlen 1992, die wichtigsten Staatsämter, und nach gründlichen "Säuberungen" im nachfolgenden Jahr auch alle Schlüsselpositionen in den Ministerien, der Staatsverwaltung und den Massenmedien besetzt und somit ihren politischen Einfluß ausbreitet. Dies hatte Vladimír Mečiar jedoch nicht vor dem Verlust der Regierungsmehrheit mit der SNS und schließlich seinem Sturz geschützt. Heute kann man beobachten, welche Schlüsse er aus seiner Erfahrung gezogen hat: so schnell und tiefgreifend wie nur möglich, solange die unsichere Koalition mit seinen Partnern hält, die Macht zu festigen.

Ob es gelingen wird, die Koalitionsregierung dauerhaft zu konsolidieren, wird nicht zuletzt von dem bekannten "Faktor" Mečiar abhängen, seinem kompromißlosen Führungsstil, mit dem er die eigene Autorität durchsetzt und der bislang jedesmal zur Entstehung einer inneren Opposition beitrug. Es läßt sich voraussehen, daß die neue Regierung große Schwierigkeiten haben wird, die Last der ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Transformation zu tragen, wofür auch die schwache Kabinettzusammensetzung spricht.

Ein weiterer ernsthafter Umstand für die Slowakei liegt darin, daß einerseits mit dem Kampf gegen die Person des Präsidenten, die Schmälerung seiner Kompetenzen und andererseits mit der Nichtanerkennung der Entscheidung des Verfassungsgerichtes die Autorität der grundlegenden Institutionen in Frage gestellt wird. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die junge Republik die Stabilisierung ihrer Staatlichkeit beenden sowie gleichzeitig die Verinnerlichung der Demokratieregeln im Denken, Reden und Handeln sowohl der öffentlichen Funktionäre als auch der Bevölkerung betreiben sollte.

Eleonora Schneider

Die Autorin ist Mitarbeiterin des von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekts "Die Überwindung des Kommunismus in der Tschechischen und der Slowakischen Republik".